

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

D/XXI/160

Bonn, den 24. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Diesmal hilft nur noch die ganze Wahrheit</u>	62

Zur Krise in der politischen und militärischen Führungsspitze
unseres Verteidigungswesens

2	<u>Jetzt das Parteiengesetz!</u>	24
---	----------------------------------	----

SPD hat eine solide Finanzgrundlage

3 - 4	<u>Spaniens Gastarbeiter sind kritische Heimkehrer</u>	62
-------	--	----

Sie fördern mit ihren im Ausland gewonnenen Erfahrungen
den Fortschritt in der Heimat
von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

4	<u>Konrad Adenauer in Madrid</u>	7
---	----------------------------------	---

Spanien erwartet einen Bundesgenossen

SELBSTBESTIMMUNG UND UNTERGEORDNETUNG bringt heute:

Möglichkeiten einer Politik für Osteuropa (I. und Schlus)
Gedanken und Vorschläge von Senatsrat Horst SCHULZE, Berlin
Festnahme von Zonenflüchtlingen
Sammlung KASSELBACH

* * *

3

Diesmal hilft nur noch die ganze Wahrheit

Zur Krise in der politischen und militärischen Führungsspitze
unseres Verteidigungswesens

sp - Bevor sich das Bundeskabinett in dieser Woche mit den Vorgängen in der Führungsspitze der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium befassen wird, will der Bundeskanzler dem Verteidigungsminister zu einer Unterredung empfangen. Wie es im Verteidigungsministerium heißt, will Herr von Hassel bei dieser Gelegenheit dem Bundeskanzler ein "umfangreiches Dossier" vorlegen, aus dem ersichtlich sein soll, daß der Verteidigungsminister alles getan hat, um die jetzt zutage getretenen Unstimmigkeiten sowohl im Ministerium selbst als auch in der militärischen Spitze des Heeres zu vermeiden. Dieses "umfangreiche Dossier" wird zur Zeit von mehreren höheren Offizieren vorbereitet und enthält u.a. auch Protokolle von Vernehmungen, Aussagen und schriftlich fixierten Vorschlägen zur Verbesserung der Organisation des Verteidigungsministeriums und der militärischen Spitze des Heeres, der Luftwaffe und der Marine sowie eine Reihe von Hinweisen darauf, wie sehr sich der Herr Minister angestrengt hat, um zu verhindern, daß die Korruption beim Beschaffungswesen für die Bundeswehr weiter um sich greift.

In Bundeskanzleramt dagegen wird in Vorbereitung des Gesprächs zwischen dem Kanzler und dem Verteidigungsminister, aber auch im Blick auf die darauffolgende Kabinettsitzung, alles zusammengetragen, was dem Kanzler als Grundlage für die Verabschiedung des Verteidigungsministers dienen könnte.

Aus gutunterrichteter Quelle wissen wir, daß der Bundeskanzler jetzt sogar noch festzustellen versucht, warum bestimmte Vorgänge im Verteidigungsministerium ihm nicht schon viel früher zur Kenntnis gelangt sind und wer die Schuld an dieser mangelhaften Unterrichtung trägt...

Alles das mag legitim sein. Der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister haben alle Ursache, sich selbst und ihre Tätigkeit so darzustellen, daß der eine dem andern die "Schuld" geben kann.

Aus Gründen der Staatsräson könnte u.U. der Bundeskanzler General noch die Oberhand gewinnen, sofern die übrigen Kabinettsmitglieder ihm helfen, schon jetzt das Debakel zu vermeiden, das schon lange unabwendbar ist. Damit wäre jedoch der Sache, um die es bei der offensichtlich gewordenen Krise in der Führungsspitze unseres Verteidigungswesens geht, nicht gedient.

Bei der tiefen Vertrauenskrise, in die der Verteidigungsminister durch sein Verhalten - wir erinnern noch einmal an die bewegte Bundestagsdebatte vor anderthalb Jahren, als der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Wienand zum erstenmal Herr von Hassel aufforderte, die damals schon sichtbar gewordene Starfighter-Affäre zu bereinigen - die Beziehungen zwischen seinem Ministerium und dem Parlament abrutschen ließ, kann sich niemand mehr mit vorfabrizierter Meinung und Stellungnahmen begnügen, die im Schoße des Kabinetts vielleicht zustande kommen könnten.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß der stellvertretende Vorsitzende

des Verteidigungsausschusses des Bundestages, MdB Karl Wienand, die Einkerufung des Ausschusses noch vor Ablauf der Parlamentsferien gefordert hat. Wir hoffen, daß sich auch diejenigen Mitglieder des Ausschusses, die den Regierungsparteien angehören, diesmal nicht damit begnügen werden, die mehr oder weniger verklausulierten Auskünfte der Regierungsvertreter zu diesem oder jenem Vorgang im Verteidigungsministerium, bei der Truppe, der Luftwaffe und der Marine aus Gründen einer falsch verstandenen Solidarität mit den Regierenden einfach hinzunehmen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Verteidigungsausschuß sind fest entschlossen, bei keiner der in der Öffentlichkeit diskutierten Fragen auf halbem Wege Halt zu machen.

Die jungen Menschen unseres Volkes, die ihrer Wehrpflicht nachkommen, die Berufssoldaten und Offiziere - sie alle haben einen Anspruch darauf, daß die militärische und politische Führungsspitze unseres gesamten Verteidigungswesens in j e d e r Beziehung in Ordnung gebracht wird. Um dieses Ziel erreichen zu können, hilft nur noch die ganze Wahrheit.

+ + +

Jetzt das Parteiengesetz !

SPD hat eine solide Finanzgrundlage

sp - Die Schatzmeister der im Bundestag vertretenen Parteien haben am Dienstag dieser Woche vereinbart, sie würden ihre Fraktionen ersuchen, nunmehr das schon seit langem fällige Parteiengesetz, durch das auch die Finanzierungsgrundlage der demokratischen Parteien gesetzlich geregelt wird, im Parlament zu verabschieden. Damit wäre eine schon seit Gründung der Bundesrepublik und dem Inkrafttreten des Grundgesetzes von der SPD immer wieder erhobene Forderung erfüllt.

Die Sozialdemokratie hat den größten Teil der ihr aus öffentlichen Mitteln zukommenden Gelder stets für allgemeine politische Bildungszwecke verwandt. Sie folgte damit konsequent ihrer hundertjährigen Tradition. Schatzmeister Alfred Nau betonte am Dienstagabend in einer Fernsehsendung, die SPD werde auch aus eigenen Mitteln diesen Weg fortsetzen.

Diese Ankündigung des sozialdemokratischen Schatzmeisters hat einen sehr realen Hintergrund. Die SPD ist die einzige Partei, die seit jeher Wert darauf gelegt hat, daß ihre Finanzierung nicht nur vor aller Öffentlichkeit dargelegt wird, sondern daß auch durch eine ständige Mitgliederwerbung die finanziellen Grundlagen der Partei gesichert bleiben. Bei fast 750 000 Mitgliedern und einer geordneten Kasseierung ist das auch möglich. Darüber hinaus kann die SPD der weiteren Entwicklung mit berechtigtem Optimismus entgegensehen. Seit zwei Jahren sind mehr als 50 Prozent der neuen zur Partei gestoßenen Mitglieder unter 35 Jahre alt. Das bedeutet, daß bei der ständigen Mitgliederzunahme der Partei die Finanzierungsgrundlage durch Beiträge immer langfristiger und solider wird.

+ + +

Spaniens Gastarbeiter sind kritische Heimkehrer

Sie fördern mit ihren im Ausland gewonnenen Erfahrungen
den Fortschritt in der Heimat

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

"Wenn ich einem Afrikaner oder Asiaten einen Auftrag erteile und er verpfuscht mir alles, dann ist es zu verstehen: er hat nicht gelernt, mit der neuzeitlichen Technik fertigzuwerden. Aber hier in Spanien kann man sorgfältig arbeiten - man will es nur nicht." Mit dieser Standpauke beschwerte sich ein Spanier, der ein Jahrzehnt in Deutschland verbracht hatte. Über eine "typisch spanische Plüscharbeit"

Diese Klagen von zurückkehrenden Emigranten und Gastarbeitern sind nicht selten. Sie haben den hohen Lebensstandard außerhalb der gelb-rot-gelben Grenzpfähle mit eigenen Augen gesehen und begriffen, daß dieser nur durch harte Arbeit und sorgfältige Planung errungen werden kann.

Vergleiche...

Die heimkehrenden Gastarbeiter sind zuweilen ein belebendes Element, das sich segensreich auf die Hebung des Lebensniveaus in Spanien auswirkt. Sie sind keine Königler im eigentlichen Sinne - aber sie haben zu vergleichen gelernt; die spanischen Einrichtungen, die Arbeitsweise, die gewerkschaftlichen Organisationsformen, die Politik - alles das kommt schlecht weg bei einem Vergleich, den ein im Ausland geschärfted Auge anstellt.

Viele Gastarbeiter zögern mit der Rückkehr in die Heimat - 200 000 Spanier leben allein in der Bundesrepublik. Ein spanischer Maurer, mit einem chronischen Leiden behaftet, zieht die Bundesrepublik vor, weil die deutsche Krankenkasse seine Behandlungskosten deckt, die er in Spanien aus eigener Tasche als "nichtabhängiger Arbeiter" aufbringen müßte. Zudem ist kranksein in Spanien viel teurer dank einer Klassengesellschaft, die noch in den Kategorien des vergangenen Jahrhunderts denkt und erst allmählich in die soziale Verantwortung einer modernen Industriegesellschaft hineinwächst. Wenn ein aus Deutschland heimkehrender Spanier seinen Fernsehapparat mitbringt, wird ihm kein Zoll abverlangt.

Herr Perez und sein Auto

Anders ist es bei den in der Bundesrepublik erworbenen Kraftfahrzeugen. Tausende von Gastarbeitern sind in Deutschland glückliche Autobesitzer. Überschreiten sie einmal die spanische Grenze, dann wird es ernst: Ist der Wagen länger als zwei Jahre im Besitz des Gastarbeiters, kostet es keine Zollgebühren. Wehe aber, Herr Perez hätte ihn erst 23 Monate! Dann wird es für ihn sehr teuer. Als Gebrauchtwagen wäre sein Vehikel wohl vor der Heimkehr wieder abzusetzen, aber angesichts des Preisverfalles könnte er sich um den Erlös nicht einmal einen spanischen Kleinwagen leisten. Den ersten Tribut, den der Spanier für das Vergnügen, wieder "im Lande zu sein", zahlen muß, ist seine Degradierung vom Autofahrer zum Fußgänger.

Die monarchistische Zeitung "ABC" forderte jetzt die Regierung auf, die Sozialversicherung zu verbessern und den Import von im Aus-

land erworbenen Kraftfahrzeugen zu erleichtern. Schrieb das Blatt:

- * "Viele Arbeiter müssen als Fußgänger heimkehren, obwohl sie gute
- * Devisen einbrachten, die uns erst die Gründung einer Autoindu-
- * strie ermöglichten. Um diese Industrie zu schützen, werden
- * Schutzzölle erhoben, die das Automobil zu einem idealen Preis
- * für die Emigranten machen."

Die Gastarbeiter ärgern sich nicht ohne Grund darüber, daß sie in Spanien höchstens ein Motorrad erwerben können für die Summe, die sie in der Bundesrepublik beim Kauf eines guten Gebrauchtwagens auf den Tisch legen müssen. "ABC" findet, Spanien könne viele dieser unbefriedigenden Maßnahmen abstellen, ohne gleich einen Staatsbankrott oder ein Defizit im öffentlichen Haushalt befürchten zu müssen.

Sauerteig einer modernen Industriegesellschaft

Viele Spanier, die in der Bundesrepublik lebten, haben in der Heimat bessere Berufsaussichten. Oft verwenden sie ihre Ersparnisse für den Kauf eines Eigenheimes oder fangen ein Einzelhandelsgeschäft an. Der Sprung zum selbständigen Handwerker gelingt manchem ehemaligen Gastarbeiter, der ohne Auslandspraxis nie eine echte Chance erhalten hätte. Spaniens Gastarbeiter sind der Sauerteig, aus dem eine moderne Industriegesellschaft geformt wird.

+ + +

Konrad Adenauer in Madrid

Spanien erwartet einen Bundesgenossen

HW - Wenn Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Herbst dieses Jahres nach Madrid fährt, erwartet man dort von ihm eine gewisse Rückenstärkung der spanischen Politik gegenüber den Amerikanern. Interessant ist, daß Adenauer wenige Tage nach Veröffentlichung seines Interviews eingeladen wurde, in dem der Altbundeskanzler die Amerikaner zur Änderung ihrer Vietnam-Politik aufgefordert und erneut die Wichtigkeit der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit herausgestellt hatte. Wenn auch amerikanische Politiker in letzter Zeit zu verstehen gegeben haben, sie würden den Beitritt Spaniens zur NATO begrüßen, zeigt die offizielle spanische Politik nach wie vor gegenüber den amerikanischen Avancen die kalte Schulter. Viel eher bemüht man sich um eine enge Zusammenarbeit mit dem Frankreich de Gaulles und der Bundesrepublik, wobei man von der Voraussetzung ausgeht, daß Adenauers Einfluß in Bonn immer noch sehr groß ist. Wie es heißt, soll der Altbundeskanzler in Spanien zwei Vorträge halten, in denen er seine Ideen von einem "europäischen Europa" zu entwickeln gedenkt.

+ + +